

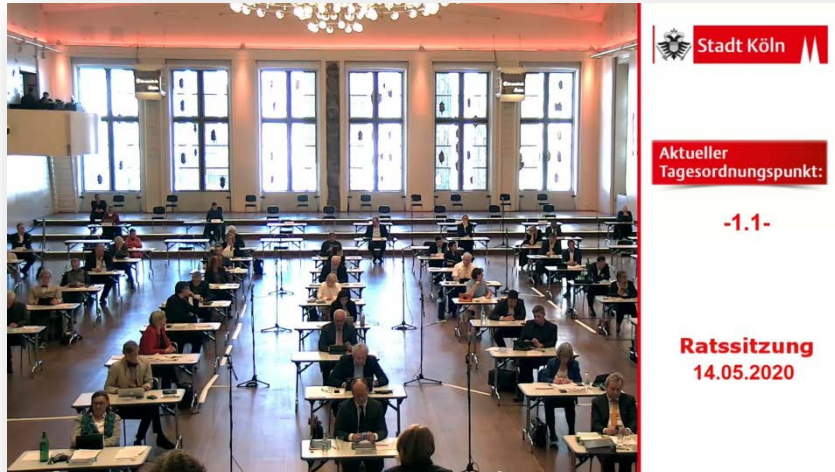
Die Ratssitzung am 14.05.2020



Bereits zum zweiten Mal tagte der Kölner Rat nun schon im Gürzenich, um auch in Zeiten von Abstandsgeboten die demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Im Fokus standen vor allem die Anträge rund um die Auswirkungen der Corona-bedingten Einschränkungen und die Frage, welche Lehren aus den letzten Wochen gezogen werden können.

Daneben standen aber auch diverse Verwaltungsvorlagen zur Förderung der Lit.Cologne, zur Stadtbahnanbindung nach Flittard und einer Anregung aus dem Integrationsrat zur Ächtung des N*Wortes. Trotz der vorherigen Vereinbarung, die Sitzung aus Infektionsschutzgründen zu straffen, gab es gegen Ende der Ratssitzung noch eine recht hitzige Debatte zum Rather See.

Wie es am Ende ausging und welche Highlights noch im Rat debattiert wurden, findet ihr in unserem Ratsreport.



Aktuelle Stunde

In der [Aktuellen Stunde](#) ging es vor allem um die Auswirkungen der Lockerungen der letzten Tage. Es ist gut, dass nun die Einschränkungen der Freiheitsrechte langsam zurückgenommen werden und persönliche Freiheiten ausgedehnt werden können.

Vor allem müssen nun die in den Blick genommen werden, die am stärksten unter der aktuellen Situation leiden: Kinder, ihre Familien, insbesondere die vielen unter unzumutbarer Mehrfachbelastung leidenden Frauen, Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen.

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Regeln und Vorgaben wie die Abstandsregeln auch einhalten zu können, muss sichergestellt werden, dass Pandemie resiliente Infrastrukturmaßnahmen ergriffen werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Bewegungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten. Zusätzlicher Raum für Sport und Spiel muss geschaffen werden, z.B. durch flexible Öffnungen von Schulhöfen an Wochenenden oder der temporären Einrichtung von Spielstraßen.

Für die Gastronomie müssen schnell die beschlossenen Maßnahmen nun direkt umgesetzt werden und auch für kulturelle Veranstaltungen unter Pandemie Gesichtspunkten gilt es neue Formate zu entwickeln und zu ermöglichen.

[Rede von Brigitta von Bülow](#)

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte"



Heute hat der Rat das [2. beschleunigte Schulbaupaket](#) auf die Reise geschickt. Die 15 Maßnahmen des ersten Schulbaupaketes von 2018/2019 sind teilweise schon fertig gestellt bzw. im Bau. Dadurch, dass die Maßnahmen für General- bzw. Totalunternehmen ausgeschrieben werden sollen, wird sichergestellt, dass die Umsetzung innerhalb der nächsten Jahre beschleunigt erfolgen wird.

Horst Thelen, schulpolitischer Sprecher der GRÜNEN: „Mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen werden sowohl neue Schulplätze geschaffen als auch Plätze erhalten. Die Maßnahmen werden innerhalb der Prioritätenliste umgesetzt, so dass die durch die Prioritätenliste gewährte Planungssicherheit für die Schulen erhalten bleibt.“

Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend "Schaffung eines Kölner Klimarates"



Der Rat der Stadt Köln hat im Sommer 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat daraufhin die Klimaneutralität Kölns deutlich vor 2050 als wichtiges Ziel erklärt. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie einen Klima Rat eingerichtet, der nun unter Leitung von Umweltdezernent Dr. Harald Rau zum ersten

Mal tagte.

Der Klima Rat Köln soll Strategien und einen Fahrplan zur Klimaneutralität erarbeiten. Hierfür sah die Verwaltung die Mitwirkung wesentlicher Akteure als erforderlich an, die einen Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen haben. Aus diesem Grund wurden namhafte Persönlichkeiten in den Klima Rät berufen, die mit ihrer Expertise, ihren Verbindungen und ihren Einflüssen Wege aufzeigen und Verbündete gewinnen sollen.

Über diese Strategie lässt sich trefflich, besonders im Vorwahlkampf, streiten. So wurde der Verwaltung vorgeworfen, dass sie heimlich agierte.

Das Thema Klimaschutz und vor allen die Wege zur Klimaneutralität sind uns zu wichtig, um sie in Fensterreden verschleißen zu lassen, zumal es im nächsten Umweltausschuss eine Mitteilung zum Vorgehen der Verwaltung gibt. Aus diesem Grund wurden die beide Anträge ([Linke](#) und [Änderungsantrag](#)) sowie die Diskussion über dieses Beratungsgremium in den Fachausschuss verwiesen.

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betr. "Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern"



Kinder und Jugendliche, mit oder ohne Behinderung, aber auch die Eltern und die Anbietenden von Ferien- und Freizeitaktivitäten, stehen in diesem Jahr Corona bedingt auch, was die Ferienbetreuung angeht, vor sehr großen Herausforderungen. Gerade wegen der Einschränkungen, unter denen die Freizeitgestaltung bisher enorm zu leiden hatte, teilweise ganz zum Erliegen kam, sehnen sich Kinder und Jugendliche nach einem Ausgleich in den Sommerferien. Parallel dazu stehen die Anbietenden vor vielen ungelösten Problemen. Sie wissen nicht, ob und unter welchen Bedingungen sie die Angebote realisieren können. Auch die finanziellen Risiken sind nicht zu kalkulieren.

Aus diesen Gründen haben CDU, GRÜNE, FDP und die Ratsgruppe GUT einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem die Verwaltung beauftragt wird, auf die Sicherung des Angebots an Ferienfreizeiten und Ferienspielaktionen entsprechend hinzuwirken, alles in Abstimmung mit den Anbietern und Trägern. Sofern die Durchführung geplanter Maßnahmen nicht möglich ist, wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Trägern und städtischen Unternehmen alternative Freizeit- und Spielaktionen für die Kinder und Jugendlichen in den Schulsommerferien 2020 zu entwickeln und anzubieten.

Ulrike Kessing, jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN: „Wir sehen den Bedarf - ganz besonders in diesem Jahr! Viele Urlaubspläne der Familien lassen sich nicht realisieren, sei es durch Reisebeschränkungen, durch Kurzarbeit oder gar Verlust des Arbeitsplatzes der Eltern. Kinder und Jugendliche brauchen gerade nach den vielen Einschränkungen einen Ausgleich, Eltern und Anbietende Planungssicherheit!“

Ergänzt wurde Antrag noch um den SPD-Wunsch nach dem besonderen Fokus auf ein Angebot für Kinder im Kindergartenalter.

Ächtung des N*Wortes



Das N*Wort wird von vielen schwarzen Menschen und People of Color (PoC) mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden. In der Kolonialzeit wurde es verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen.

[Der Integrationsrat hatte in seiner Sitzung im März 2020 einstimmig entschieden](#), den Rat der Stadt Köln zu bitten, u.a. zu beschließen, dass die Verwaltung die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Köln umsetzt und insbesondere anerkennt, dass jegliche Verwendung des N*Wortes rassistisch ist. Ferner solle sich der Rat dafür einsetzen, dass jegliche Verwendung des N*Wortes in der Stadt Köln vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und PoC ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Köln zu ermöglichen.

Dieser Bitte ist der Rat nachgekommen und hat gegen die Stimmen der AfD den vorgenannten Beschluss gefasst. Damit bekennt sich der Rat der Stadt Köln zur Dekade der Vereinten Nationen für Menschen afrikanischer Herkunft, welche als Ziel u.a. den Schutz vor Rassismus und Diskriminierung hat.

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT und RM Gerlach betreffend "Unterstützung von LGBTI in Katowice"



Der Kölner Stadtrat unterstützt in einem [gemeinsamen Antrag](#) die Haltung der Kölner Partnerstadt Katowice, dessen Rat sich der ausgrenzenden Bewegung für „LGBT-ideologiefreien- Zonen“ („Strefa wolna od LGBT“) in Polen nicht angeschlossen hat. Solche Zonen sind unvereinbar mit den uns gemeinsam verbindenden europäischen Werten.

Ebenso dankte der Rat dem Stadtpräsidenten von Katowice, Marcin Krupa, für seine solidarische Unterstützung, als es letztes Jahr zu einer Morddrohung gegen Bürgermeister Andreas Wolter kam, der offiziell am Katowice Pride teilnahm.

Der Austausch von LGBTI – Themen soll im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Beziehung auch künftig fortsetzen werden und eine Delegation aus Katowice wurde herzlich eingeladen.

[Rede Andreas Wolter](#)

Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie



Die anfänglichen Prognosen, dass die Corona-Pandemie für jede Menge Ärger bei den Stadtfinanzen sorgt, wird zusehends deutlicher. [Das Finanzdezernat berichtet fortlaufend aktuell an Finanzausschuss und Rat.](#) Sowohl auf die Ertragsseite des Haushalts als auch auf der Aufwandsseite sind gravierend betroffen.

Ein Drittel der Einnahmen erzielt die Stadt durch die Gewerbesteuer. Diese bricht nun ein. Bereits jetzt ist ein Weniger an Gewerbesteuer von ca. 154,9 Mio. EUR festgestellt. In einem mittleren Szenario der Kämmerei wird von einem Rückgang in 2020 von rd. 240 Mio. Euro (17%) ausgegangen. Etwas mehr Klarheit wird durch die Mai-Steuerschätzung des Bundes erwartet, die 14.05. bekannt gegeben werden.

Durch das Erlassen von kommunalen Gebühren – als Hilfeleistung in der Corona-Krise – verzichtet die Stadt bereits bislang auf 23,4 Mio. Euro an Erträgen. Den Hauptteil mit 10,4 Mio. Euro macht der Verzicht auf Kita-Gebühren aus.

Durch die Corona-Krise werden die Stadtfinanzen durch erheblichen Mehraufwand belastet, so z.B. durch Kosten der Unterkunft und durch vielfältige Materialbeschaffung zum Virenschutz. Bislang summiert sich der Aufwand auf ca. 63 Mio. Euro. Dabei ist die mögliche Einrichtung eines Covid-19-Zentrums in der Kölnmesse (25 Mio. Euro) nicht enthalten. Die Corona-Krise führt auch bei den meisten [städtischen Unternehmen](#) zu Ertragsausfällen und Liquiditätsengpässen. Das betrifft insbesondere KVB, Kliniken, Kölnmesse, KölnTourismus, KölnMusik, Zoo, Sportstätten GmbH. Derzeit lassen sich die Jahresverluste noch nicht beziffern. Die Kölnmesse erhält kurzfristig Liquiditätsunterstützung durch die Stadt in Form einer „Cashpool“-Vereinbarung.

Verstärkt fordern die Städte von Land und Bund einen Rettungsschirm für ihre Haushalte und Unternehmen.

Die Finanzierung dieser Krisenlasten wird nur im geringen Maß durch Umschichtungen im Haushalt erfolgen können, in dem z.B. auf Maßnahmen und Leistungen verzichtet wird, die wegen des Shutdowns nicht durchführbar sind. Die beschlossene Haushaltssatzung für 2020 erlaubt der Kämmerin die Aufnahme von Liquiditätskrediten bis zu 1,8 Mrd. Euro. Das ist der Höchstbetrag. Derzeit bewegt sich das aktuelle Volumen der Liquiditätskredite zwischen 1.141 bis 1.224 Mio. Euro. Es besteht somit ein Puffer von 500 Mio. Euro. Nach vorläufiger

Einschätzung dürfte dieser ausreichen, um die Corona-Lasten aufzufangen. Sollte sich abzeichnen, dass dies nicht reicht, wird ein Ratsbeschluss über eine Nachtragssatzung notwendig sein. Durch das engmaschige Liquiditätscontrolling informiert die Kämmerin den Finanzausschuss fortlaufend

Entwurf des Jahresabschlusses 2019



Erstmals seit Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ (NKF) im Jahr 2008 ist es dem Finanzdezernat unter Führung der Stadtkämmerin Dörte Diemert nun gelungen, den bestätigten [Entwurf des Jahresabschlusses](#) über den Stadthaushalt des Vorjahres vier Monate nach Jahreswechsel vorzulegen.

Die GRÜNEN haben diese gute Leistung im Finanzausschuss ausdrücklich gewürdigt.

Der Abschluss weist ein Haushaltsdefizit von 29,8 Mio. Euro aus. Dies ist eine deutliche Verbesserung. Im Haushaltsplan 2019 wurde ein Defizit von 137 Mio. Euro erwartet. Auch im Vergleich zu 2018 ist es ein Fortschritt. Das festgestellte Defizit lag bei 83 Mio. Euro.

Der Jahresfehlbetrag 2019 wird nun überwiegend durch Inanspruchnahme des Jahresüberschusses 2016 sowie aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen. Dies führt wie in den Vorjahren zu einer Verringerung des Eigenkapitals.

Der Rat hat nun einstimmig den Jahresabschluss zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Übertragung der Federführung für die Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG



Unter diesem [Titel](#) verbirgt sich keine revolutionäre Idee, sondern eine seit langem geforderte neue Stadtbahnlinie zur Erschließung des großen Neubaugebiets „Mülheim-Süd“. Aber hier wird deutlich, dass sich das Verwaltungshandeln beschleunigt hat.

Die Stadt plant und verantwortet nun den 1. Bauabschnitt der Strecke „Vom Messekreisel über die Deutz-Mülheimer Straße und die Danzierstraße zum Wiener Platz“ und die KVB übernimmt nun die Planung für den 2. Bauabschnitt „Nördlich der Stadtbahnhaltestelle Keupstraße nach Stammheim und Flittard mit einer Anbindung an die vorhandene Trasse der Stadtbahnlinie 4“.

Dadurch können die Planungen und die Umsetzung schneller und effektiver vonstattengehen.

Die Machbarkeitsstudie, die nun die KVB erstellt, soll eine grundsätzliche Prüfung verschiedener Trassenvarianten auf deren Umsetzbarkeit vorlegen sowie eine grobe Nutzen-Kosten-Abschätzung. Durch die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes kann Köln nun auch auf mehr Zuschussgelder von Bund und Land hoffen.

Der Beginn der langwierigen Planungen ist dringend gefordert, nur so kommt es zum Ausbau des ÖPNVs und zur Stärkung der klimapolitischen Ziele.

Struktursicherung für das Literaturfestival Lit.Cologne



Opfer der Corona-Pandemie sind auch alle Großveranstaltungen, die in diesem Jahr stattfinden sollten. Köln ist davon besonders betroffen. Viele Events mit Strahlkraft weit über Köln hinaus, wie z.B. Summerjam, Kölner Lichter und OpenAir-Konzerte auf dem Roncalliplatz, im Tanzbrunnen sowie in der LanxessArena mussten abgesagt werden. Das gilt leider auch für das größte Literaturfestival Europas, die lit.COLOGNE. Aufgrund seiner besonderen Bedeutung für den Kreativstandort Köln und das Land NRW hat der Rat einstimmig die [Verwaltung mit struktursichernden Maßnahmen beauftragt](#), um das Überleben der lit.COLOGNE sichern zu helfen.

Die Verwaltung soll nun Verhandlungen mit dem Veranstalter und dem Land NRW führen, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Nachrangig stellt die Stadt bis zu 500.000 € für die Struktursicherung und Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021 aus dem Etat der Wirtschaftsförderung bereit. Vorrangig und vor dem Hintergrund des Beihilferechts sind jedoch Hilfen aus den „Rettungsschirmen“ von Bund und Land in Anspruch zu nehmen. Dadurch reduziert sich der städtische Zuschuss entsprechend. Erwirtschaftet die privatwirtschaftlich geführte lit.COLOGNE in 2021 Gewinne, werden diese bis zur Höhe der Projektkosten mit den Zuschüssen verrechnet. Sämtliche Zuwendungen sind in den Jahresabschlüssen der lit.COLOGNE offenzulegen und in der einschlägigen und aktuellen Steuergesetzgebung zu verbuchen und anzuzeigen.

Rather See



Der Rather See entstand in den Fünfzigerjahren als Kiesgrube. Er besitzt eine Wasseroberfläche von 33 Hektar und eine Tiefe von durchschnittlich 14 Metern. Mit dem Ende der Auskiesung hätte der Rather See eigentlich renaturiert werden sollen. So war es mit der Stadt Köln schriftlich vereinbart worden. Um jedoch weiterhin finanziellen Nutzen aus dem Gewässer ziehen zu können, wurde nun u.a. der Bau einer Wasserskianlage im Rat seitens CDU, SPD und FDP [genehmigt](#). Die Interessen der Natur und der Anwohnenden bleiben auf der Strecke, denn die Wasserskianlage und ein dazugehöriger Badestrand sollen täglich bis zu 5.000 Badegäste aus Köln und Umgebung anlocken. Es sollen Parkplätze mit über 600 Stellplätzen für PKW entstehen. Seit Jahrzehnten wird der See von Anwohnenden illegal als Naherholungsgebiet und Badegewässer genutzt.

In einer hitzig geführten Debatte wurde von den Befürwortenden wieder das alte Klischee der Grünen Verbotspartei bemüht, doch für uns GRÜNE ist klar: Naturschutz ist nicht verhandelbar.

Mit einem [Änderungsantrag](#) von GRÜNEN, LINKEN und der Ratsgruppe GUT wollten wir erreichen, dass dieser Zustand legalisiert wird. Aber ohne „Halligalli“ Wasserskibahn und Verkehrschaos zulasten der Anwohnenden.

Aber wie auch beim FC und der Gleuer Wiese zu beobachten ist, sprach sich die Mehrheit aus CDU, SPD und FDP für eine Kommerzialisierung von Natur und Freiflächen aus.

Klimaschutz geht anders!

Notfallfonds zur Struktursicherung bei durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten in Köln



Die [Dringlichkeitsvorlage zur Struktursicherung der Livemusikspielstätten](#) wurde heute einstimmig vom Rat beschlossen.

Kernaufgabe des Notfallfonds i. H. v. 700.000 € ist die Liquidität kleinerer und mittlerer, förderwürdiger Spielstätten kurzfristig zu stützen, soweit grundsätzlich vorrangige Hilfsprogramme des Bundes bzw. Landes (noch) nicht zum Tragen kommen. Erste Ergebnisse der Berliner Clubkommission zeigen, dass über 60 % der dortigen Betriebe maximal 4 Wochen mit ihren Rücklagen überbrücken können. Deshalb ist eine kurzfristige, unbürokratische und niederschwellige Abwicklung des Notfallfonds dringend notwendig.

Durch die Corona Krise stehen viele Künstlerinnen und Künstler sowie kulturelle Einrichtungen, alle im Support Tätigen wie Technikerinnen und Techniker, Veranstaltende etc. vor großen existenzbedrohenden Problemen. Es gilt nun, alles zu ermöglichen, was Unterstützung geben kann, um diese existenzvernichtende Situation aufzufangen und Strukturen zu erhalten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich in Kunst und Kultur nicht alles auf später verschieben und nachholen lässt. Einmal zerstörte Strukturen lassen sich nicht einfach wieder aufbauen, der Prozess ist irreversibel.

Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen weiterer Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen und von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020



Coronabedingt mussten die Kitas überwiegend – bis auf Notfallbetreuungen – schließen. Um den Eltern, die seit März bis heute ihre Kinder zu Hause versorgen, zumindest die finanzielle Last abzunehmen, hat der Rat beschlossen, dass die Kitabeiträge ab Mitte März 2020 bis einschließlich Mai 2020 den Eltern in vollem Umfang erstattet werden. In den städtischen Einrichtungen umfasst die Entscheidung auch das Essensgeld.

Wir begrüßen das sehr, zumal die Eltern in doppelter Hinsicht gefordert sind: sie müssen ihre Kinder beaufsichtigen und versorgen, aber auch ihren arbeitnehmerischen Pflichten nachkommen. Eine immense Belastung in der aktuellen Situation!

[Die Tagesordnung und alle Vorlagen der Sitzung](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer

*Foto Rather See: Susanne Steinbach